

Barmer Block offener Brief

Die Kölner Jusos haben sich in einem offenen Brief an die kommunalen Mandatsträger der KölnSPD für den Erhalt der Wohngebäude des so genannten Barmer Viertel in Köln-Deutz eingesetzt und die Mandatsträger aufgefordert, für den Erhalt zu kämpfen.

Die Mitglieder der SPD-Ratsfraktion können sehr gut nachvollziehen, dass aufgrund der öffentlichen Diskussion über die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Neubau der Messehallen das Vertrauen vieler Kölnerinnen und Kölner in das Handeln von Politik und Verwaltung nicht sehr groß ist. Im Zusammenhang mit der Forderung nach dem Erhalt der Wohnungen und der Besetzung haben uns aber zahlreiche Briefe erreicht, in denen Behauptungen enthalten waren, die jeder sachlichen Grundlage entbehren.

Stadtentwicklungspolitik ist auf Prozesse und das langfristige Verfolgen von Zielvorstellungen ausgerichtet. Die Ratsfraktion ist der festen Überzeugung, dass das Entwicklungsziel für den Bereich nördlich des Deutzer Bahnhofes nach wie vor das richtige ist und dass die Flächen nach einer Verständigung mit der UNESCO zügig einer neuen Nutzung zugeführt werden sollten.

Die Ratsfraktion ist ferner der festen Überzeugung, dass wir es den alten Mieterinnen und Mietern des Erbbaureines schuldig sind, das Gelände rasch einer neuen Nutzung zuzuführen.

Eine Zwischennutzung für einen kurzen Zeitraum halten wir nicht für sinnvoll, da erfahrungsgemäß auch bei kurzfristigen Mietverhältnissen erneut Probleme mit der Freistellung entstehen und für die Stadt sehr teuer ist. Jede Art von Zwischennutzung wird die Umsetzung des Gesamtkonzeptes für den Bereich Deutzer Bahnhof erschweren. Das Ergebnis wäre gerade die Art von Stückwerk, die den Verantwortlichen in Köln immer vorgeworfen wird. Für die Wohnungen im Barmer Block ist an anderer Stelle in Köln für die Mieterinnen und Mieter preiswerter, moderner Ersatz geschaffen worden. Im Wohnungsbestand der Genossenschaft hat es einen Erneuerungsprozess gegeben, wie er an vielen anderen Stellen in der Stadt auch stattfindet. Damit werden eine ganze Reihe wohnungspolitischer und stadtentwicklungspolitischer Ziele aus dem Wahlprogramm der KölnSPD umgesetzt.

Die SPD-Ratsfraktion hat sich in ihrer Sitzung am 22.03.2006 einmütig für einen Abriss der Gebäude des Barmer Blocks ausgesprochen. Auch der kleine Parteitag der KölnSPD am 21.03.2006 sah einstimmig keinen Anlass, eine Neupositionierung vorzunehmen. Diese Entscheidung war kein Akt der Willkür, sondern erfolgte vor dem folgenden Hintergrund:

Als die Deutsche Bahn AG entschieden hatte, den Bahnhof Deutz neben dem Hauptbahnhof zu einem zweiten ICE-Terminal auszubauen, erhielt der Deutzer Bahnhof eine überregionale Bedeutung und für Köln ergab sich die Chance, die sich aus dieser neuen Bedeutung ergebenden Entwicklungsimpulse für Deutz zu nutzen. Für die Kölnmesse ergab sich die einmalige Möglichkeit, die mit dem Zug anreisenden Messebesucher und Aussteller über einen neu gestalteten Südeingang - nicht wie bisher über eine hinterhofähnliche Situation - in direkter Linie, in Fortsetzung des Messeboulevards in die Osthallen zu führen.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen beschloss der Rat der Stadt Köln, das Gelände um den Bahnhof Deutz als Kern einer neuen rechtsrheinischen Innenstadt zu entwickeln. Diese Vision eines zukünftigen rechtrheinischen Zentrums entstand nicht im „stillen Kämmerlein“, sondern wurde mit viel Engagement aller Beteiligten in den politischen Gremien, aber auch in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens fanden neben den gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerbeteiligungsverfahren Diskussionen statt, unter anderem beim Bund Deutscher Architekten, beim Rheinischen Verein für Denkmalpflege, in den Ortsvereinen der Parteien etc.. In der KölnSPD ist im letzten Jahrzehnt kein anderes Projekt so intensiv diskutiert worden wie die Planung in Deutz.

Gegenstand der zum Teil sehr kontroversen Diskussionen war Art und Maß der Verdichtung der neuen Bebauung. Gestritten wurde über die Hochhäuser, das Kongresszentrum und nicht zuletzt über den Erhalt und den Neubau von Wohnungen. Konsens bestand darüber, dass sich die Wohnungen im Barmer Block in einer absoluten Insellage befinden umgeben von Bahnlinien, Messe und ihrer Logistik und der Deutz-Mülheimer Str. und nicht mehr den Vorstellungen von modernen, gesunden Wohnverhältnissen entsprechen. Der Bebauungsplan erlangte Rechtskraft und ist bis auf weiteres Grundlage für die weitere Entwicklung.

Einige Genossinnen und Genossen des Erbbauvereins, vor allem viele ältere Mieterinnen und Mieter, wären gern in Ihren Wohnungen geblieben. Nach intensiver interner Diskussion stimmte der Erbbauverein dem Verkauf zu, bestand allerdings darauf, dass die Stadt Köln nicht nur den für den neuen Südeingang der Messe notwendigen Wohnblock, sondern alle Wohnungen des Barmer Blocks kaufte, um an anderer Stelle neue Wohnungen zu errichten.

Die Stadt schloss mit dem Erbbauverein einen Kaufvertrag, bestehend aus 2 Teilen: 22,5 Mio. für das Grundstück und 42,5 Mio. für die Neuerrichtung der Wohnungen, Projektentwicklung, Umzugskosten, Mietzuschüsse und Beratung der Mieter incl. Abrisskosten. Der Erbbauverein hat als Ersatz für die entfallenen 381 Wohnungen mittlerweile 511 neue Wohnungen in integrierten Wohnlagen errichtet und dafür rund 100 Mio. Euro investiert. Alle Mieter sind zu Ihrer Zufriedenheit untergebracht.

Der Erbbauverein verpflichtete sich im Vertrag mit der Stadt Köln das Gelände zum 30.6.2006 geräumt zu übergeben.

Nach der Intervention der UNESCO gegen den rechtskräftigen Bebauungsplan beschloss der Rat der Stadt Köln, die Hochhauspläne zu überdenken und einen Workshop mit mehreren Phasen durchzuführen. Die Ratsfraktion sieht darin eine Chance. Anfang Mai werden die Ergebnisse dieses Workshops vorliegen. Dann wird zu entscheiden sein, wie die künftige Höhenentwicklung in Deutz aussehen soll und ob man insgesamt zu kleinteiligeren Strukturen kommt, die dem Anspruch nach einer neuen rechtsrheinischen Innenstadt gerecht werden und der Nachfragesituation entsprechen. Im Anschluss daran wird mit der Vermarktung des Geländes begonnen.

Auf Initiative des Aufsichtsratsvorsitzenden der GAG, Kölns SPD-Chef Jochen Ott, hat der Vorstand des Wohnungsunternehmens seine Bereitschaft signalisiert, Besetzern des Barmer Viertels, die in akuter Wohnungsnot sind, eine angemessene Unterkunft aus ihrem Wohnungsbestand zu vermitteln.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Börschel MdL
Fraktionsvorsitzender



Jochen Ott
Vorsitzender KölnSPD